

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

uns liegt zur Beschlussfassung heute der Haushalt 2019 vor, der ein Defizit voraussieht von rund 540.000 €.

Wenngleich wir nach den Erfahrungen aus den letzten Jahren auch hoffen, dass das Jahr 2019 letztlich dann doch positiver abgeschlossen werden kann, so ist das Defizit – gemessen am Gesamtvolumen des Haushaltes von rund 38 Millionen Euro – dennoch als eher gering zu bezeichnen.

Wenn es für 2019 noch nicht ganz zum Ausgleich reicht, ist ein wesentlicher Grund hierfür eine immer noch zu geringe Ausstattung der Kommunen mit Mitteln des Landes und des Bundes. Dies fordern wir – ebenso wie ein Ende der Einwohnerveredelung – immer wieder hartnäckig ein, unabhängig davon, wer in Land oder Bund Verantwortung trägt.

Wir sehen, dass es zumindest im Bereich der Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen eine erheblich verbesserte Finanzierung durch das Land gibt, das ist ebenso positiv wie erforderlich. Aber in anderen Bereichen gibt es immer noch Nachholbedarf, den wir unverändert einfordern.

Dem Haushalt kann man entnehmen, dass vermehrt Aufgaben von den Kommunen zu übernehmen sind, deren Erfüllung dann auch weitere Mittel erfordern.

Und zweifellos schlägt auch die Städteregionsumlage deutlich ins Gewicht; hier fordern wir ein sparsames Wirtschaften sowohl bei der StädteRegion ein als auch bei den übrigen Umlage- und Zweckverbänden, an die wir gemeindliches Geld abführen müssen. Die Transferaufwendungen belaufen sich nach dem Bericht des Kämmers bei der Einbringung des Haushaltes auf insgesamt 21 Millionen Euro, also gut 55 % der Gesamtaufwendungen.

Wir erhalten in diesem Jahr erfreulicherweise – gegenüber 2018 – deutlich höhere Schlüsselzuweisungen. Hier profitieren wir als ländliche Kommune – völlig zu Recht – von einer Veränderung der Berechnungsgrundlagen.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind sehr erfreulich.

Dies ist sicherlich der guten Konjunktur im gesamten Land geschuldet, aber es ist auch einer soliden Finanz- und Strukturpolitik in der Gemeinde Simmerath zu verdanken.

Wir haben die im regionalen Vergleich weitaus niedrigsten Sätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B; sämtliche relevanten Gebühren sind stabil, erstmals sinkt die Verbrauchsgebühr beim Schmutzwasser in diesem Jahr unter 4 € pro Kubikmeter, das hätten wir vor einigen Jahren völlig anders prognostiziert.

Diese stabilen Verhältnisse machen Simmerath sowohl für Gewerbeansiedlung als auch als Wohnstandort auch weiterhin attraktiv; der Erfolg ist zu sehen:

Sagte man uns vor einigen Jahren noch einen deutlichen Rückgang der Einwohnerzahlen voraus, so liegen sie tatsächlich stabil über 15.000. Eine stabil hohe Bevölkerungszahl ist – auch im Hinblick auf Nachbarkommunen – dabei

keinesfalls selbstverständlich. Sie ist aber ein deutlicher Beleg für eine vernünftige Politik hier vor Ort.

Nach Lage der Dinge werden wir es – ohne Erhöhung von Steuern – dann im Jahr 2020 schaffen, die „schwarze Null“ zu erreichen, also einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Das ist eine tolle Perspektive für die Zukunft.

Auch wenn wir dann natürlich immer noch nicht schuldenfrei sein werden, ist es doch besonders hervorzuheben, dass in der Dekade zwischen 2013 und 2022 langfristig Verbindlichkeiten von insgesamt 13 Millionen abgebaut werden können.

Diese Belastungen ersparen wir dann unseren Kindern und Enkeln, für uns ist das ein äußerst wichtiger Aspekt.

Es ist wichtig, dass wir die Weiterentwicklung der Gemeinde tatkräftig anpacken. Genau hierzu setzt der Haushalt 2019 einige bedeutende Akzente:

Wir wollen die Realisierung von Baugebieten in Lammersdorf, Simmerath, Strauch und Steckenborn vorantreiben; es ist erkennbar, dass mehr Wohnraum benötigt wird, die Nachfrage ist ungebrochen hoch.

In unsere Schulen stecken wir viel Geld, in die Sekundarschule rund 370.000 €, in die drei Grundschulen fast 400.000 € - sinnvolle Investitionen für die Bildung unserer Kinder.

In Rollesbroich entsteht ein neues Feuerwehrgerätehaus, am Bushof in Simmerath wird das zwar sicherlich recht teure, aber allseits befürwortete Toilettenhaus gebaut.

In die Instandsetzung unserer Straßen stecken wir – so ist es jedenfalls im interfraktionellen Gespräch vereinbart worden - rund 250.000 €. So erhalten wir – ebenso wie durch weitere 50.000 € für die Wirtschaftswege – unser Infrastrukturvermögen.

Wenn die FDP laut Presseberichterstattung hier perspektivisch einen Betrag von 300.000 € fordert, kann man mit uns darüber – eine Finanzierbarkeit vorausgesetzt – immer gerne reden.

Einen sehr hohen Betrag von 460.000 € geben wir in diesem Jahr aus für gemeindliche Gebäude. Das ist aktives Gebäudemanagement, das wir alle gemeinsam uns gewünscht haben, um auch im Immobilienbereich unser Vermögen in Schuss zu halten.

(Anmerkung: Die aus der Presse zu entnehmende Kritik der FDP können wir vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehen.)

Auf gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen und UWG haben wir uns in den vergangenen Monaten intensiv mit einem Standortmarketing befasst, um die Vorzüge und Attraktivität der Gemeinde Simmerath offensiv darzustellen.

Die Mitarbeit hieran war interessant und spannend, demnächst werden wir hierzu ja dann auch eine öffentliche Auftaktveranstaltung erleben. Für uns ist selbstverständlich, dass wir zur Umsetzung im Haushalt 2019 hierfür Mittel bereitstellen und wir begrüßen daher sehr den Ansatz von 25.000 € für diese Maßnahme.

Dies sind einige wichtige Punkte aus dem Haushalt 2019; sehr erfreut sind wir im übrigen darüber, dass auch andere Institutionen und Investoren sich in der Gemeinde Simmerath engagieren, zum Beispiel die Handwerkskammer mit dem neuen Internatsgebäude sowie Gastronomen in Rurberg und in Erkensruhr. Hier geht es in Summe um mehr als 20 Millionen Euro; man sieht also, dass eine vernünftige Strukturpolitik und positive Rahmenbedingungen auch für Dritte interessant sind und private Investitionen nach sich ziehen.

Ohne den nach heutigem Stand zu schaffenden Ausgleich des Haushaltes 2020 gefährden zu wollen, kündigen wir für CDU und Grüne an, dass wir im laufenden Jahr zwei Punkte in den Fachausschüssen beraten wollen:

1) Zum einen geht es uns um die unbefriedigende Situation bei der Sammlung für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Immer weniger Bürger sind zur Sammlung bereit, häufig springen die Vereine mit eigenem Geld ein; weil das Anliegen aber aus unserer Sicht sehr sinnvoll ist, regen wir eine Diskussion an, ob nicht aus dem Gemeindehaushalt hierfür ein Betrag aufgebracht werden kann. Im Ergebnis würden sich dann alle Bürger hieran indirekt beteiligen.

2) Wir sind stolz auf unsere Vereine und ihr gewaltiges Engagement; daher wollen wir gerne darüber beraten, ob die Vereinsförderung etwas ausgebaut bzw. erhöht werden kann. Denn ohne unsere Vereine wäre das Leben in unseren Dörfern in weiten Teilen doch sehr viel ärmer.

Wir sind mit dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf 2019 einverstanden; lediglich in einem einzigen Punkt schlagen wir als CDU/Grüne eine Änderung vor, nämlich eine Aufstockung des Betrages für die Straßeninstandsetzung um 20.000 € auf dann 250.000 €.

Zur Finanzierung wollen wir hierfür die Verbesserung von rund 20.000 € verwenden, die sich in den letzten Wochen gegenüber dem ersten Verwaltungsentwurf noch ergeben hat.

Berücksichtigt man das Ausschreibungsergebnis aus der letzten Fachausschuss-Sitzung, so können in 2019 Maßnahmen für weitere rund 50.000 € realisiert werden, sodass dann damit die Vorstellungen von CDU/Grüne ebenso erfüllt würden wie der SPD.

Allerdings wollen wir für die zukünftigen Instandsetzungsprogramme eine etwas geänderte Herangehensweise vorschlagen; wir wünschen uns nämlich, dass im Vorfeld der Fachausschussberatungen vorab in einem gemeinsamen Gespräch mit allen Ortsvorstehern über die verwaltungsseitigen Absichten beraten wird. So können die Erkenntnisse aus den einzelnen Ortschaften nach unserer Auffassung noch besser berücksichtigt werden.

Lassen Sie mich noch Stellung nehmen zu den Änderungsanträgen der SPD und der UWG aus dem HuFA:

1) Langschoss

Nicht nachvollziehbar sind für uns die – erneuten - Anträge, Mittel für die Erneuerung von Fenstern und Türen in Langschoss zu streichen, obwohl wir hierdurch ja zweifellos die Gebäude verbessern.

Erst kürzlich hat doch der Fachausschuss sehr ausführlich zur Unterbringung von Geflüchteten beraten und sich im Ergebnis dann klar positioniert. Wir wollen Langschoss beibehalten und insbesondere lehnen wir die von der SPD geforderte Container-Lösung ab.

Mit den erneuten Anträgen ignorieren SPD und UWG leider die aktuelle Beschlusslage aus dem Ausschuss; nach unserer Auffassung sollte man sich an solche Beschlüsse halten und nicht im Rahmen von Haushaltsberatungen wieder eine Rolle rückwärts machen.

Wir halten daher daran fest, das Gebäude in Langschoss baulich zu verbessern und die hierfür notwendigen Mittel bereitzustellen.

Den Änderungsanträgen von SPD und UWG werden wir deshalb nicht zustimmen.

2) Rad-Tourismus

Soweit SPD und UWG das Förderprojekt zum Radtourismus in Rurberg kritisch sehen – das Projekt in Einruhr scheint ja auch von Ihnen positiv bewertet zu werden -, hoffen wir doch sehr, dass Sie dem Haushaltsansatz von 50.000 € zustimmen. Der Radtourismus wird in Zukunft eine immer größer werdende Bedeutung haben, hierfür müssen wir uns infrastrukturell vernünftig aufstellen. Der Kreis Düren hat unlängst acht verschiedene Projekte entlang des Rurufer-Radweges beschlossen, diesen Weg sollten wir ebenfalls mitgehen.

Wir finden auch das Projekt in Rurberg attraktiv und sinnvoll und halten insoweit an dem Haushaltsansatz in jedem Falle fest.

Zugleich wünschen wir uns im Übrigen aber, dass auch in den Höhenorten ein Konzept aufgestellt wird für Radwege, insbesondere für eine bessere Vernetzung und Beschilderung dieser Wege. Hier könnte man sich sicherlich auch des Sachverständes im Hause der StädteRegion bedienen.

3) OGS

Der Forderung der SPD, im Haushalt 55.000 € vorzusehen für die Unterstützung der OGS (20 € pro Kind und Monat !!), treten wir nicht näher.

So sinnvoll eine Förderung der OGS auch sicher ist, so sehr stellt sich aber doch die Frage, ob hier wirklich Steuergelder der Gemeindebürger zu verwenden sind. Vor allem aber müsste dieser Antrag einmal sehr intensiv im Fachausschuss beraten werden, bevor wir hierfür einem Haushaltsansatz zustimmen.

4) Photovoltaik

Hier stimmen wir in der Zielsetzung der UWG zu, den Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern gemeindlicher Gebäude voranzutreiben. Dies muss jedoch nicht durch einen Ansatz von Haushaltsmitteln geschehen, sondern über geeignete Betreiber- oder Pachtkonzepte, die die Verwaltung uns bitte darstellen möge.

Meine Damen und Herren –

aus unserer Sicht ist der Haushalt 2019 äußerst solide aufgestellt.

Er setzt richtige Akzente, für eine „schwarze Null“ in 2020 dürfen wir guter Dinge sein.

Wir danken der gesamten Verwaltung und besonders dem Kämmerer, Herrn Laschet, für ihre gute Arbeit.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Laschet auch dafür, dass er uns in unseren Fraktionsberatungen mit seinem Fachwissen zur Verfügung gestanden hat.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Christoph Poschen
Vorsitzender CDU-Fraktion
im Rat der Gemeinde Simmerath

26.02.2019